



ÖSTERREICHISCHE
ÄRZTEKAMMER

Körperschaft öffentlichen

Rechts – Mitglied der

World Medical Association

Frau Bundesministerin
Dr. Andrea Kdolsky
Bundesministerium für
Gesundheit, Familie und Jugend
Radetzkystraße 2
1031 Wien

Wien, 3.10.2007
Dr.K/Ru

Betrifft: Referentenentwurf für eine zukünftige Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,
liebe Andrea!

Uns wurde auf inoffiziellm Wege ein Referentenentwurf Deines Ministeriums/Sektion I mit dem Stand 28.9.2007 zugespielt, der eine bisher noch nie dagewesene Systemänderung unseres Gesundheits- und Krankenversicherungssystems zum Inhalt hat. Das sozialpartnerschaftliche System der Sozialen Krankenversicherung mit der ärztlichen Interessenvertretung zur gesamtvertraglichen Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit ärztlichen Leistungen im ambulanten Bereich soll durch eine monopolistische Zuständigkeit der Gesundheitsplattformen auf Bundes- und insbes. auf Landesebene ersetzt werden. Hier soll sich die gesetzliche Kompetenz über die ambulante ärztliche Versorgung, deren Finanzierung, Leistungserbringung und Honorierung, Qualitätskontrolle, Gesetzgebung, Vollziehung und für den Spitalsbereich auch die Dienstgeberfunktion konzentrieren. Die neuen, der Wirtschafts- und Ärztekammer entzogene medizinische Leistungserbringer, ambulanten Versorgungszentren (AVZ) sollen tendenziell an Stelle der bisherigen Kassenärzte treten und zwar außerhalb des bisher bewährten und international anerkannten Gesamtvertragssystems!

Die Ärztekammern mit ihrer jahrzehntelang bewiesenen hohen gesundheitspolitischen Verantwortung und Fachkompetenz für die medizinische Versorgung der österreichischen Bevölkerung sollen faktisch komplett ausgeschaltet werden

- für das Stellenplansystem,
- bei der Erstellung eines ambulanten Leistungskataloges,

- bei der Honorierung kassenärztlicher Leistungen,
- bei der ambulanten Versorgungsplanung,
- bei der Qualitätskontrolle der niedergelassenen Ärzte,
- bei der Entwicklung neuer Leistungserbringer durch ambulante Versorgungszentren (AVZ) außerhalb und in Konkurrenz zum Stellenplansystem,
- bei der Vereinheitlichung der Dokumentation ärztlicher Leistungen,
- bei der Kompetenz für ärztliche Ausbildungsstätten und –stellen,
- bei Änderungen der Rechtslage zugunsten ELGA.

Bei all diesen Aufgaben soll es keine Kompetenz der Ärztekammern mehr geben; letztlich sind aber immer Ärzte die Leistungserbringer und die Ärztekammern ihre gesetzlichen Vertreter.

Wir können nicht anders, als dieses Vorhaben als ein „Verstaatlichungsgesetz“ für die Republik zu bezeichnen; dies obwohl nach einer neuesten EU-Studie Österreichs Gesundheitssystem als das konsumentenfreundlichste Europas anerkannt wird. Eine Weiterverfolgung dieses Vorhabens würde zu einer seit Jahrzehnten nicht bekannten Konfliktsituation und Gefährdung des sozialen Friedens in unserem Gesundheitswesen und Land führen müssen. Ich darf Dich, sehr geehrte Frau Bundesministerin, daher dringendst bitten alles Dir mögliche zu tun, damit es im Ministerrat zu keiner Beschlussfassung kommt und Verhandlungen mit der Österreichischen Ärztekammer geführt werden können.

Ich muss Dich, sehr geehrte Frau Bundesministerin, aber auch informieren, dass die Bundeskurie der niedergelassenen Ärzte in ihrer heutigen Sitzung einen Beschluss gefasst hat, den ich als Anlage zu diesem Schreiben übermittle. Die Spitalsärzte, die ebenfalls von diesem Gesetzesvorhaben schwer betroffen sein würden, werden daher in ihren Sitzungen am 4. und 5.10.07 die entsprechenden Beschlüsse fassen.

Dieser Gesetzentwurf, der aus der Sektion I (Stand 28.9.2007) stammt, wurde - trotz mit Spitzenvertretern Deines Ministeriums ganz anders besprochen – gleichzeitig an uns vor bei zur Verteilung gebracht!

Ich möchte nicht verhehlen, sehr geehrte Frau Bundesministerin, dass es damit zu einer schweren Belastung der Vertrauensbeziehung zu Deinem Haus kommt und unsere weitere Zusammenarbeit massiv beeinträchtigt. Ich ersuche Dich dringend, allfällige Konsequenzen bzgl. der Vorgangsweise in Deinem Bundesministerium zu prüfen.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage


MR Dr. Walter Dörner
Präsident



Ergeht nachrichtlich an:

- Herrn Bundeskanzler, Dr. Alfred Gusenbauer, Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 2, 1014 Wien
- Herrn Vizekanzler und Bundesminister für Finanzen, Mag. Wilhelm Molterer,
Hintere Zollamtsstraße 2b, 1030 Wien
- an die Landeshauptleute
- an die Klubobmänner
- an die Gesundheitssprecher der Regierungsparteien

Beschluss der Bundeskurie niedergelassene Ärzte vom 3.10.2007

Die Bundeskurie niedergelassene Ärzte wertet die gesundheitspolitischen Inhalte des Referentenentwurfes vom BMGFJ, Sektion I, Stand 28.9.2007 für eine zukünftige Vereinbarung gem. 15a B-VG als frontale Kampfansage insbes. gegen die niedergelassene Ärzteschaft und das gut funktionierende und international ausgezeichnete Gesundheitssystem in Österreich. Die Ausschaltung des von den Krankenversicherungsträgern und den Ärztekammern getragenen sozialpartnerschaftlichen gesamtvertraglichen Krankenversicherungssystems, die Kompetenzmonopolisierung in den Gesundheitsplattformen auf Bundes- und Landesebene, der Ausschluss der Ärztekammern im öffentlichen Gesundheitswesen und die geplanten AVZs müssen als wesentlicher Schritt in Richtung Staatsmedizin und gegen eine freie Ärzteschaft strikt abgelehnt werden. Als Reaktion auf diesen unverständlichen und vollkommen ungerechtfertigten Angriff werden vorsorglich folgende Maßnahmen beschlossen:

- Bundesweite Ordinationsschließungen in mehreren Wellen mit Steigerung der Dauer, erstmals am 8.11.2007. Gleichzeitig werden Protestversammlungen in allen Bundesländern durchgeführt. Im November/Dezember wird eine große Protestkundgebung in Wien stattfinden.
- Einrichtung eines Krisenstabs mit zentraler Koordination der Länder auf ÖÄK-Ebene.
- Gleichzeitig kündigt die BKNÄ im Falle der Beschlussfassung der Inhalte des Referentenpapiers des BMGFJ/Sektion I, Stand 28.9.2007 inkl. Realisierung der Ambulanten Versorgungszentren (AVZ) die Beendigung sämtlicher Kassenverträge an.
- Im November findet österreichweit ein groß angelegtes Patientenbegehren gegen die Verstaatlichungstendenzen der Medizin statt.

Dr. Günther Wawrowsky

Bundeskurienobmann und Vizepräsident der ÖÄK